

Eine linke Volkspartei setzt auf Sieg

Die SPD ist wieder da. Nach der historisch beiseitslosen Wahlniederlage von 2009 hat sich die Partei inhaltlich neu aufgestellt. In intensiven innerparteilichen Debatten erfolgte eine Rückbesinnung auf die traditionellen sozialdemokratischen Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die ungleiche Verteilung von Lebenschancen und ihre Abhängigkeit von sozialer Herkunft sowie Geschlecht, wurden wieder zum zentralen Thema sozialdemokratischer Politik.

Führende Sozialdemokraten blickten plötzlich kritisch auf die eigene Regierungszeit zurück.

Das war gut so. Schließlich korrigierte die Partei den eigenen wirtschaftsliberalen Kurs in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik. Der neue Parteivorsitzende Sigmar Gabriel versprach seinen Mitgliedern, nie wieder eine Politik zu machen, welche die menschliche Arbeit entwertet. Und auch der überraschend früh nominierte Kanzlerkandidat Peer Steinbrück schlägt in Fragen der Arbeitsmarkt- und Finanzmarktregulierung sowie in der Steuerpolitik neue Töne an.

Dieser politische Kurswechsel verbesserte das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Auf dem Höhepunkt des Streits um die Politik der Agenda 2010 standen sich beide Seiten noch unversöhnlich gegenüber. Jetzt gibt es wieder viele inhaltliche Berührungspunkte. Die SPD entdeckt wieder ihre historischen Wurzeln. Das ist wichtig. Denn ohne oder gar gegen die organisierte Arbeitnehmerschaft kann die SPD keine Wahlen gewinnen.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist die inhaltliche Neupositionierung der SPD aber noch nicht bei den Wählerinnen und Wählern angekommen. Die SPD liegt in Umfragen mit großem Abstand hinter der CDU/CSU. Einer Union, die in sozialen Fragen zwar ab und zu die Lippen spitzt, aber nicht pfeift.

Wie ist das zu erklären? Warum gelingt es der SPD nicht, das bereits von Willy Brandt geforderte Bündnis zwischen Unten und Mitte – oder in Worten der Occupy-Bewegung: der 99 Prozent - zu schmieden, um damit wieder zur stärksten Partei der Republik zu werden?

An den ökonomischen und sozialen Verhältnissen liegt es nicht. Die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Bündnisses von Unten und Mitte – der 99 Prozent - ist wichtiger denn je. Die Zerstörung der Ordnung auf dem Arbeitsmarkt verschärfte die soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Das Leistungsprinzip, welches für die gesellschaftliche Akzeptanz der Marktwirtschaft elementar ist, greift nicht mehr.

Heute arbeitet der Altenpfleger oder die Fachverkäuferin mehr als 50 Wochenstunden und geht mit einem Monatsverdienst von 1500 Euro Brutto nach Hause. Am Ende einer so harten Erwerbsbiographie wartet dann die Grundsicherung als Rente.

Gleichzeitig bekommt der Vorstandsvorsitzende eines Autobauers 45.000 Euro am Tag. Und für das Gehalt des führenden Deutschbankers müsste eine Erzieherin 390 Jahre arbeiten.

Wenn die wachsende soziale Ungleichheit nicht politisch korrigiert wird, zerreißt es unsere Gesellschaft.

Doch damit nicht genug. Die Unsicherheit der Lebensverhältnisse hat inzwischen die bürgerliche Mitte der Gesellschaft erreicht. Die Abstiegsängste der Mittelschichten sind allgegenwärtig. Die Hartz-Gesetze verkürzten den Abstand zwischen bescheidenem Wohlstand und Armut auf nur noch 15 Monate. Gleichzeitig schrumpften die Aufstiegschancen der unteren sozialen Schichten auf ein Minimum. Noch nie nach 1945 war der soziale Aufstieg so stark vom Elternhaus abhängig wie heute.

Der SPD mangelt es nicht an richtigen Antworten auf die drängenden sozialen Probleme unseres Landes. So fordert die Sozialdemokratie einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, Equal Pay in der Leiharbeit, vom Geldbeutel unabhängige Bildungszugänge und höhere Steuern für große Einkommen und Vermögen. Auf Grundlage dieses programmatischen Angebots kann ein breites gesellschaftliches Bündnis entstehen. Dass dies bisher nicht gelungen ist, ist in erster Linie Ausdruck eines gravierenden Glaubwürdigkeitsproblems.

Nach der Regierungspraxis der letzten Jahre, begegnen viele ehemalige Stammwählerinnen und Stammwähler der SPD mit Resignation und/oder Misstrauen. Die jüngste Debatte über die rentenpolitischen Pläne der SPD – Zustimmung zur gesetzlichen Rentenniveausenkung und zur Rente mit 67 ohne erkennbare Alternative zur Hartz-IV-Rente der Bundesarbeitsministerin - gab diesem Misstrauen ebenso neue Nahrung, wie die aus der Partei heraus befeuerten Spekulationen über eine Große Koalition oder die Avancen an die FDP.

Wenn die SPD im Herbst 2013 auf Sieg setzen will, dann geht das aus unserer Sicht nur, indem sie die soziale Frage in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellt. Eine linke Volkspartei wie die SPD muss in ihrem Wahlprogramm ein inhaltliches Angebot für die unteren und mittleren Schichten unserer Gesellschaft machen. Dieses Angebot muss so konkret wie irgend möglich sein. Kurzum: Die SPD muss die Verteilungsfrage stellen und für soziale Gerechtigkeit eintreten. Nicht mehr und nicht weniger. Das erwarten unsere Wählerinnen und Wähler.

Ein Reformprogramm für eine linke Volkspartei

Eine moderne sozialdemokratische Reformpolitik steht aktuell vor drei zentralen Herausforderungen: Sie muss erstens die zunehmende Ungleichheit und Unsicherheit überwinden und zweitens mit der Vorherrschaft der Finanzmärkte brechen. Drittens muss eine sozialdemokratische Partei für einen Kurswechsel in der Europapolitik streiten. Die Alternative zur ökonomisch schädlichen und sozial ungerechten Kürzungspolitik ist ein europäischer New Deal für mehr Investitionen, ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement und der schrittweise Aufbau einer politischen und sozialen Union. Unser Europa ist ein Europa des sozialen Ausgleichs und kein Europa der Privatisierung, der Lohnsenkung und des Sozialabbaus.

Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Die zentrale Ursache für die steigende Ungleichheit und Unsicherheit ist die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können heute auf einem weitgehend entsicherten Arbeitsmarkt nicht mehr auf Augenhöhe verhandeln. Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit tut ein Übriges. Deswegen muss die SPD deutlich machen, dass sie eine Partei ist, die für Vollbeschäftigung und eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt steht. Das Kapital braucht demokratische Gegenmacht.

Vollbeschäftigung entsteht aus sozialdemokratischer Sicht nicht durch das freie Wirken der Marktkräfte. Arbeit für Alle gibt es nur durch eine aktive Beschäftigungspolitik. Arbeit für Alle ist aber auch die Voraussetzung für Wohlstand für Alle. Und dafür muss ein robustes und stetiges Wachstum politisch organisiert werden. Gleichwohl ist nur ökonomisch tragfähig, was ökologisch und sozial zukunftsfähig ist.

Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt erfordert zunächst einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Das reicht aber nicht aus. Zu groß sind die Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. Leiharbeiter müssen zukünftig vom ersten Tag an den gleichen Lohn bekommen wie die Stammbeslegschaft. Ferner muss sozialdemokratische Politik darauf hinwirken, dass die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen beseitigt wird. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es nicht hinnehmbar, dass Frauen fast ein Fünftel weniger Lohn und Gehalt bekommen als Männer.

Doch damit nicht genug. Auch die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen muss wieder abgeschafft werden. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs) müssen mit regulären Beschäftigungsverhältnissen gleichgestellt werden. Nur so kann die flächendeckende Umwandlung von regulärer sozial versicherter Vollzeitarbeit in Minijobs gestoppt werden.

Darüber hinaus muss die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden. Das was Gewerkschaften aushandeln, muss wieder bei allen Beschäftigten ankommen. Und nicht zuletzt ist es Aufgabe sozialdemokratischer Politik die verschärfte Zumutbarkeit für Arbeitslose abzuschaffen. Die Hartz-Gesetze müssen auf den Prüfstand. Die Drohung mit dem Hartz IV-Armutskeller hat die Belegschaften erpressbar gemacht. Damit muss Schluss sein. Emanzipatorische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie den Erwerbsarbeitszwang mindert und nicht verschärft. Eine solche sozialdemokratische Politik stärkt die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Sie wird auf den entschiedenen Widerstand der ökonomischen Eliten stoßen. Umso wichtiger ist es, jetzt die gesellschaftlichen Bündnisse für die anstehenden Auseinandersetzungen zu schmieden.

Mit Steuern umsteuern

Für die Verteilung der Einkommen ist auch der Sozialstaat zuständig. Da wirtschaftlicher Erfolg und individuelle Leistung zunehmend auseinander fallen, muss die ungleiche Verteilung der Markteinkommen stärker politisch korrigiert werden. Dafür brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik, die große Einkommen und Vermögen stärker belastet.

Für die erweiterten staatlichen Aufgaben – Kinderbetreuung, Altenpflege, etc. – bedarf es höherer Steuereinnahmen. Nur so kann die chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Hand beseitigt werden. Bund, Länder und Kommunen haben ein Einnahme- und kein Ausgabenproblem. Deshalb ist die Schuldenfrage zu einer Verteilungsfrage geworden. Die Steuergeschenke an Vermögenden und Besserverdiener kosteten den Staat noch heute jährlich 50 Milliarden Euro. Das muss sich ändern.

Wir wollen eine einmalige Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die Vermögen sind hierzulande stark konzentriert. Die reichsten 70.000 besitzen rund 23% des gesamten Nettovermögens oder 1600 Milliarden Euro. Die untere Hälfte hat hingegen überhaupt kein Vermögen.

In den letzten Jahren konnten die Reichen und Superreichen ihre Vermögen Dank Steuerpolitik und Bankenrettung mehren. Die Geldvermögen sind heute höher als vor der Krise. Gleichzeitig stieg die Staatsverschuldung durch Steuersenkungen und Bankenrettung um rund 700 Milliarden Euro. Jetzt müssen die Reichen stärker an der Finanzierung der gesellschaftlich notwendigen Aufgaben beteiligt werden.

Auch Erbschaften müssen zukünftig höher besteuert werden. In Deutschland werden jährlich rund 260 Milliarden Euro Vermögen leistungslos vererbt. Die Vererbung erfolgt dabei nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben.

Die Spitzeneinkommen – Vorstands- und Managergehälter, etc. - sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen - im Gegensatz zu den mittleren und unteren Einkommen. Hohe Einkommen sollten in Zukunft mit einem höheren Spitzensteuersatz belastet werden. Dabei kann die gegenwärtige Schwelle des Spitzensteuersatzes erhöht werden.

Arbeit wird hierzulande höher besteuert als Zinseinkünfte. Das ist ungerecht. Deswegen sollten Kapitalerträge wieder mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz besteuert werden.

Die Steuerlast der Unternehmen ist in den letzten Jahren drastisch gesunken.

Die Gewinnsteuern machen inzwischen weniger als ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens aus. Die Unternehmen müssen wieder stärker an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligt werden. Hierfür braucht es eine höhere Körperschaftssteuer und den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer.

Höhere nationale Steuern verursachen auch in Zeiten offener Grenzen keinen ökonomischen Schaden. Neben der Arbeitsproduktivität, der Verkehrsinfrastruktur, der Qualifikation der Belegschaften und der Zuliefererstruktur sind Unternehmenssteuern nur ein Standortfaktor unter vielen.

Höhere Unternehmenssteuern führen folglich nicht automatisch zu Kapitalflucht. Zudem stoppten die Folgen der Finanzmarktkrise den europäischen Steuersenkungswettlauf. In zahlreichen Nachbarländern hat der Druck leerer öffentlicher Kassen die Finanzminister gezwungen ihre Steuern zu erhöhen.

Eine grenzübergreifende Bekämpfung der Steuerhinterziehung – z.B. durch einen automatischen Datenaustausch - würde die nationalen steuerpolitischen Spielräume jedoch zusätzlich stärken. Deswegen ist es richtig, dass der faule Steuerdeal mit der Schweiz von den SPD-regierten Ländern zu Fall gebracht wurde.

Darüber hinaus muss die SPD gemeinsam mit ihren europäischen Schwesterparteien für die Harmonisierung der Kapitalbesteuerung streiten.

Gute Arbeit

Wenn sich SPD wieder als Partei der arbeitenden Menschen verstehen will, dann muss sie sich konsequent für die Schaffung von qualitativ hochwertigen und guten Arbeitsplätzen einsetzen. Hier kann die Partei an ihre Politik der 70er Jahre – Humanisierung der Arbeit - anknüpfen. Eine Politik für „Gute Arbeit“ ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und eine leistungsfähige Wirtschaft.

Gute Arbeit erfordert die Sicherheit des Arbeitsplatzes, ein gerechtes Einkommen und soziale Sicherheit. Sie erfordert gesunde Arbeitsbedingungen, eine menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz und die humane Gestaltung der Arbeitszeiten. Leider entspricht der Arbeitsalltag vieler Menschen immer weniger diesen Anforderungen. Unsere Arbeitswelt muss grundlegend verändert werden. Dabei sollten die abhängig Beschäftigten ihre Ansprüche an eine gesunde, qualifizierte, wenig entfremdete Arbeit selbst formulieren können.

Die Mitbestimmung ist ein ideales Gravitationszentrum einer solchen Humanisierung der Arbeit. Auch deswegen muss die betriebliche und wirtschaftliche Mitbestimmung erweitert werden. Wir müssen wieder mehr betriebliche Demokratie wagen. Zudem erfordert eine Humanisierung der Arbeitswelt den Ausbau der Arbeitsschutzgesetzgebung. Und last but not least braucht es ein umfassendes, handlungsleitendes Forschungsprogramm für „Gute Arbeit“.

Mehr soziale Sicherheit

Eine weitere zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist es unsere sozialen Sicherungssysteme armutsfest und lebensstandardsichernd zu machen.

Dies gilt insbesondere für die gesetzliche Rentenversicherung. Die so genannten Rentenreformen haben das Leistungsniveau drastisch gesenkt. Dadurch erhöhte sich das Risiko der Altersarmut. Heute steht mehr als ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung vor einer Armutskarriere im Alter. Ein Beschäftigter mit einem Durchschnittseinkommen von 2080 Euro im Monat erhält heute nach 45 Erwerbsjahren eine Rente auf dem Niveau von Hartz IV.

Dieser Zustand ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten völlig inakzeptabel. Deswegen brauchen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Dabei muss das Leistungsziel wieder ins Zentrum der Rentenpolitik rücken. Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden. Dafür muss das Leistungsniveau dauerhaft und sicher über 50% liegen, also oberhalb eines einzuführenden Mindestsicherungszieles. Die Risiken prekärer Erwerbsbiographien müssen abgesichert und die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten abgeschafft werden. Mittelfristig muss die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden.

Finanzmärkte an die Kette

Bis heute sind keine zentralen Lehren aus der großen Finanzmarktkrise gezogen worden.

Die Ursachen der großen Krise sind weiterhin wirkungsmächtig. Finanzinstitute sind noch immer zu groß zum Sterben. Niemand prüft Finanzprodukte auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen. Das Schattenbankensystem treibt weiter sein Unwesen. Die Staatsfinanzen befinden sich in Geiselhaft der Finanzmärkte.

Damit muss Schluss sein. Die SPD muss mit der Macht der Finanzmärkte brechen. Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück haben vor Kurzem einen guten inhaltlichen Aufschlag gemacht. Jetzt gilt es auch bei Gegenwind weiter Kurs zu halten. Die SPD muss klar und deutlich sagen, wie sie die Finanzmärkte wieder zu Dienern der Realwirtschaft machen will. Das heißt natürlich, dass die Finanzmärkte jetzt nicht mit neuen Anlagemöglichkeiten wie privater Altersvorsorge oder weiteren Privatisierungen öffentlichen Eigentums gefüttert werden dürfen.

Finanzmarktstabilität ist ein öffentliches Gut. Die Finanzmärkte brauchen eine neue Ordnung. Banken, die zu groß zum Sterben sind, müssen gesundgeschrumpft werden. Ein TÜV für Finanzprodukte muss über die Zulassung neuer Produkte entscheiden.

Schattenbanken und Steueroasen müssen trockengelegt werden. Investmentbanker, Hedge-Fonds-Manager und Vermögensverwalter dürfen nicht weiter über die Refinanzierungskosten demokratischer Staaten bestimmen. Die Staatsfinanzierung muss von den Kapitalmärkten entkoppelt werden. In der Eurozone müssen Sozialdemokraten endlich eine Finanztransaktionssteuer einführen.

Mehr Bildung für Alle

Um den Zukunftsanforderungen einer freien demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden, muss das deutsche Bildungssystem ausgebaut werden. Jeder soll die Chance erhalten, eine hochwertige schulische und berufliche Ausbildung wie auch Weiterbildung zu bekommen. Die Durchlässigkeit und Chancengleichheit unseres Bildungssystems müssen erhöht werden. Dafür braucht es mehr Bildungsinvestitionen. Bildung ist aus sozialdemokratischer Sicht ein öffentliches Gut und darf nicht der Marktlogik unterworfen werden. Deshalb sollen die Kitas, Ganztagschulen und Hochschulen bedarfsorientiert und qualitativ ausgebaut werden. Weiterbildung ist als gesetzliches Recht zu verankern und mit angemessenen Finanzierungsinstrumenten wie regionalen oder Branchenfonds zu unterlegen.

Öffentlich ist wesentlich

Sozialdemokratische Politik muss die Rolle des öffentlichen Sektors stärken. Bildung, Gesundheit sowie Energie- und Wasserversorgung sind keine Waren, deren Herstellung und Verteilung nach dem Gewinnmotiv organisiert werden sollte. Diese öffentlichen Güter müssen für alle zugänglich und erschwinglich sein. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Soziale Dienstleistungen müssen in öffentlicher Regie ausgebaut und sowohl materiell als auch ideell aufgewertet werden. Die Bedeutung von sozialen und ökologischen Kriterien in Vergabeverfahren muss deutlich gestärkt werden. Der öffentliche Sektor muss sich zukünftig wieder durch gute Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze auszeichnen.

Ökologischer Umbau

Sozialdemokratische Politik zielt auf eine nachhaltige Entwicklung, die ökonomische, ökologische und soziale Ziele vereint. Wachstum um jeden Preis ist kein sozialdemokratisches Projekt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollten danach streben, den heute lebenden Menschen und den künftigen Generationen ein gutes Leben in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit unseres Planeten ermöglichen.

Wir widersetzen uns aber jedem Versuch, Gerechtigkeit und Ökologie gegeneinander auszuspielen. Schlechte Arbeit, soziale Spaltung und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen haben gemeinsame Ursachen. Dafür gibt es genügend Anschauungsmaterial, von der Goldsuche in Amazonien, über die asiatische Textilindustrie und den mittelamerikanischen Drogenhandel bis in die deutschen Supermarktregale. Die aktuelle Energiedebatte muss von uns endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Das Geschwätz vom "Preis der Energiewende" lenkt nur von den Kosten ab, die Atom und fossile Energie bisher verursacht haben bzw. ihre weitere Nutzung noch verursachen würde. Noch fahren die Energiekonzerne Milliarden Gewinne ein. Weder Solar- noch Windenergie sind dafür verantwortlich, dass hierzulande Hunderttausende ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können.

Der ökologische Umbau erfordert erhebliche Investitionen in Mobilität und Energie.

Gleichzeitig muss der öffentliche Sektor in diesen Branchen gestärkt werden. Deswegen darf es zu keiner Zerschlagung oder Privatisierung der Deutschen Bahn kommen.

Historische Chance

Auf Grundlage dieser Eckpunkte einer arbeitnehmerorientierten Reformpolitik kann die SPD wieder Wahlen gewinnen. Dafür muss die Partei die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen.

Wir müssen das legitime verteilungspolitische Aufholinteresse der unteren und mittleren Schichten mit einem republikanischen Gerechtigkeitsverständnis der gehobenen Milieus verbinden. Glaubwürdig ist das aber nur, wenn die Mandatsträger der Partei – wie in der Vergangenheit zumindest teilweise geschehen – sich zu ihren politischen Fehlern bekennen und den jetzt erforderlichen Kurswechsel hin zu einer gerechteren Gesellschaft durchbuchstabieren. Sprechblasen und weit interpretierbare Formulierungen sind dafür nicht geeignet.

Wer sich in einen medial geschürten Scheinkonflikt zwischen Kanzlerkandidat und Partei treiben lässt, schürt Parteienverdrossenheit und hilft dem politischen Gegner. Die

Wählerinnen und Wähler wollen wissen, was Sie von einer sozialdemokratisch geführten Regierung zu erwarten haben. In welcher politischen Koalition eine solche Politik nach den Wahlen durchgesetzt werden kann, ist dabei nachrangig. Eine linke Volkspartei setzt nicht auf Platz sondern auf Sieg.

Klaus Barthel, MdB, AFA-Vorsitzender

Hilde Mattheis, MdB, Sprecherin DL21

Ottmar Schreiner, MdB

Dierk Hirschel, Mitglied der SPD-Grundsatzkommission